

# KIRCHE

PROPOST GRÜBER

## Im Lande meines Elends

(Siehe Titelbild)

Die einzige parlamentarische Körperschaft Deutschlands, deren Mitglieder auch jetzt noch ordnungsgemäß aus allen vier Zonen Deutschlands delegiert werden, tritt am Mittwoch dieser Woche in Berlin zusammen: Die Synode (das „Parlament“) der Evangelischen Kirche in Deutschland hält eine außerordentliche Sitzung ab. Die 120 Synodalen — 100 sind zwischen Oder und Rhein von den Gliedkirchen frei gewählt, 20 vom Rat, der „Regierung“ der Kirche, bestimmt — wollen das Thema „Der Raum für das Evangelium in Ost und West“ beraten.

Die Bedeutung dieser Versammlung reicht weit über den kirchlichen Rahmen hinaus: Man wird sich auch mit der Frage beschäftigen, ob versucht werden soll, als Gegenstück zur Seelsorge in der Bonner Bundeswehr auch in die Pankower „Nationale Volksarmee“ Militärpfarrer zu entsenden.

Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte vor wenigen Wochen — von der Öffentlichkeit unbemerkt — versucht, die Synode zu verhindern. Er könne in der gegenwärtigen, besonders gefahrdrohenden Phase der Ost-West-Politik eine derartig unkontrollierbare und zu beiden Seiten der Berliner Sektorengrenzen tagende Versammlung „nicht gebrauchen“, hatte der Kanzler den CDU-Verbindungsleuten zur Evangelischen Kirche gesagt. Die CDU möge ihren Einfluß geltend machen und dafür sorgen, daß die Synode nicht stattfindet.

Allein, der Kanzler konnte — wie so häufig in den letzten Monaten — seinen Willen nicht durchsetzen.

So wird denn die gesamtdeutsche Synode dieser Woche auch über die nachdrückliche Forderung der Sowjetzonen-Regierung zu beraten haben, die Evangelische Kirche solle als Beweis ihres guten Willens eine klare Loyalitätserklärung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik abgeben, eventuell auch einen Kirchenvertrag mit diesem Staat abschließen.

Bisher hatte die Evangelische Kirche immer versucht, eine ausdrückliche Loyalitätserklärung zu umgehen, obschon sie als



Bonn-Bevollmächtigter Kunst, Pankow-Bevollmächtigter Grüber: In Ost und West ...

erste und einzige Körperschaft sowohl nach Bonn als nach Ostberlin je einen hohen Geistlichen als „bevollmächtigten Vertreter“ delegiert hat, und zwar nach Bonn den Prälaten Kunst, nach Berlin den Propst D. Grüber. Obwohl der Etat des Bonnier Beauftragten unverhältnismäßig höher ist als der seines Kollegen in Ost-Berlin — 138 000 Mark gegenüber 31 000 Mark —, ist es der Amtsbruder Grüber, dessen Wirken die Gemüter geistlicher Herren in gegnerischer Leidenschaft und positiver Anteilnahme aufwallen läßt.

Heinrich Grüber war vermutlich der beste Mann, den die Evangelische Kirche für den vorgeschobenen Posten im Kleinkrieg mit den Machthabern der Zone finden konnte. Seiner Herkunft — er hat in seiner Jugend viel soziales Elend gesehen — und seinem Wesen nach — er ist weder ein Dogmatiker noch ein enragerter Glaubensstreiter — schien er am ehesten geeignet, mit den Sowjets und ihren deutschen Genossen einen Status vivendi zu finden.

Tatsächlich gelang Grüber dieses für einen Geistlichen nicht gerade einfache Unterfangen, freilich um den Preis, fortwährend geistige und politische Parterre-Akrobatik treiben zu müssen, was ihm von manchem seiner Amtsbrüder verübelt wird — vornehmlich von denen, die nie genötigt waren, mit totalitären Machthabern um das Wohl und Wehe ihrer Schutzbefohlenen ringen zu müssen.

Heinrich Grübers Wirken zwischen Ost und West beginnt frühmorgens kurz nach sieben Uhr. Um diese Zeit verläßt er meistens sein Haus im Westberliner Vorort Dahlem und fährt ins Heinrich-Grüber-Haus an der Marienkirche im Sowjetsektor, erledigt dort seine Post und besucht dann Ministerien der Sowjetzone oder das Zentralkomitee der SED. Auch seelsorgerische Gespräche mit Angehörigen von politischen Häftlingen aus der Sowjetzone gehören zum Vormittagsspensum des Propstes.

Am Nachmittag kümmert er sich in der Regel um das Westberliner Heinrich-



... Raum für das Evangelium: Bischof Dibelius bei Adenauer (l.) und Pieck (r.)

Grüber-Haus für evangelische Rasseverfolgte, den Stadt-Synodalverband und die Pfarrerrkrankenkasse für die Sowjetzone. Er muß sich auch auf seine Vorträge vorbereiten, auf die Predigten, die er alle zwei Monate in der Marienkirche hält, oder auf die Ansprachen, die jeden Montagabend — umrahmt von geistlicher Musik — zu hören sind. Um neun Uhr abends geht Heinrich Grüber zu Bett. Auch für die Mittagszeit ist ihm Ruhe verordnet. Er ist herzkrank. In der letzten Woche mußte er sich deshalb in ein Schweizer Sanatorium begeben.

Stolz verweist Grüber darauf, daß es in Berlin nur einen Fall gibt, in dem zwei Häuser in beiden Stadthälften denselben Namen tragen: das Heinrich-Grüber-Haus an der Marienkirche in Ostberlin, dem Bischof Dibelius selbst bei einer Geburtstagsfeier den Namen des Propstes gab, und das Heim in Westberlin-Zehlendorf, in dem jüdische Heimkehrer betreut werden.

#### Von Kirchenkampf keine Rede

Grüber sieht seine Aufgabe nicht in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, ihm kommt es darauf an, die christliche Gemeinde auch unter der Herrschaft eines kommunistischen Regimes am Leben zu erhalten. Er ist bereit, um dieses Zieles willen Konzessionen zu machen, nicht zuletzt auch verbale Konzessionen — seine Sprache klingt nicht selten, als habe die Terminologie seiner Pankower Gesprächspartner auf ihn abgefärbt.

Eine äußere östliche Ehrung hat Grüber abgeschlagen: den Großen Vaterländischen Verdienstorden der DDR, der ihm im Vorjahr angetragen wurde. Grüber erinnerte sich dabei der eigenen Kritik an seinem Bischof Dibelius, als dieser von Bundespräsident Theodor Heuss das Bundesverdienstkreuz entgegennahm.

Heinrich Grübers im Westen oft mit Mißtrauen beobachtetes elastisches Taktieren hat es ihm in zahllosen Fällen ermöglicht, die über 14 Millionen Gläubigen der Zone vor allzu harten Übergriffen des SED-Staates zu bewahren, und nicht wenige, die schon in den Gefängnissen jenseits der Elbe saßen — so etwa Mitglieder der seinerzeit heftig verfolgten „Jungen Gemeinde“ —, verdanken ihre Freiheit den geschickten und unermüdlichen Interventionen Grübers.

Den Bischof Dibelius aus Berlin, der dem Rat (der „Regierung“) der Evangelischen Kirche in Deutschland vorsitzt, und den Propst Grüber verbindet eine Art gemäßigte Haßliebe, die sich ebensooft in herber Kritik aneinander wie in echten Sympathie-Erklärungen ausdrückt. Das besonders durch die den Bischof wesensfremden politischen Seitensprünge Grübers in östlicher Richtung strapazierte Verhältnis hat denn auch alle kirchenpolitischen Stürme der letzten Jahre überdauert.

Beide — Dibelius und Grüber — stimmen heute darin überein, das im westlichen Sprachgebrauch übliche Wort „Kirchenkampf“ lasse sich nicht auf die bisherige Auseinandersetzung in Mitteleuropa anwenden. Sagte Bischof Dibelius dem SPIEGEL: „Von einem Kirchenkampf im Vergleich mit den Jahren nach 1933 möchte ich nicht sprechen. Zur Zeit des Nationalsozialismus erfolgte der Einbruch in die Kirche indirekt, da sich Reichsbischof Müller und die ‚Deutschen Christen‘ von sich aus begeistert dem nationalsozialistischen Staat zur Verfügung stellten.“

„Der Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und der SED besteht darin, daß damals zwar indirekt in das Kirchen-



## SOHNLEIN RHEINGOLD

*krönt das Fest*

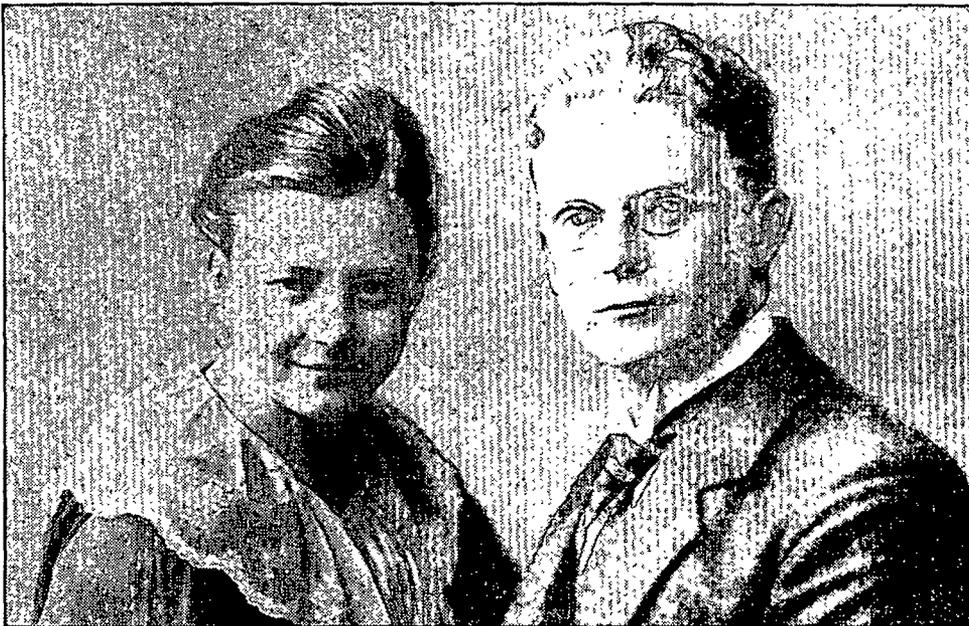
### Vor der elektrischen Rasur T2

Einige Tropfen T 2 Trockenrasier-Tonic härten die Barthaare und glätten die Haut. Der Scherkopf gleitet besser. Sie rasieren sich schneller.

**dann geht's nochmal so gut!**

DM 3,75

Probeflasche durch TARSIA, Abt. IV, Berlin-Charlottenburg



Bräutleute Grüber (1920): Eindrücke aus jungen Jahren ...

wesen eingegriffen wurde, andererseits aber oppositionelle Kirchenführer verfolgt wurden, während der Kommunismus Bischöfe und Kirchenleitung nie antastete.

„Tatsächlich geht es heute vielmehr um eine Auseinandersetzung um den Anspruch der Kirche, die mit der Taufe übernommene Verantwortung für die religiöse Erziehung von 90 Prozent der Bevölkerung zu sichern und zu bewahren, und so im wesentlichen um einen Erziehungsstreit, der sich mit der Spitze eines zentralisierten Staates abspielt. Ein Einbruch in den Raum der Verkündung oder des Gottesdienstes ist fast nie unternommen worden.“

Grüber ergänzt: „Der Nationalsozialismus ging auf die Schaffung einer Gegenkirche auf der Grundlage seines Begriffs vom ‚positiven Christentum‘ aus und war insofern als getarnter Gegner beinahe gefährlicher als der offene Atheismus der SED.“

„Nix Frauen, hier Pope!“

Dem Heinrich Grüber kommt es bei seinem Vermittleramt zugute, daß er schon im Kindesalter mit sozialen Problemen konfrontiert wurde, so daß er sein Leben unter das Wort aus dem 1. Buch Mose stellte: „Gott ... hat mich lassen wachsen im Lande meines Elends.“

Von Jugend an hat Heinrich Grüber sich den Zeichen und Prüfungen der Zeit nicht entziehen können. Grübers Vater, Hauptlehrer, hatte das angestammte Gewerbe — kleinere Messingfabrikation — in der zwischen Aachen und Köln gelegenen Heimatstadt Stolberg aufgeben müssen. Die strenggläubige reformierte Familie hatte es während der Hochkonjunktur der Gründerzeit aus religiösen Gründen abgelehnt, Kredite aufzunehmen, und war niederkonkurriert worden.

Mit zwei Geschwistern wuchs Grüber zwar in einem noch gut bürgerlichen Hause auf, aber seine Spielgefährten waren die Kinder kleiner Arbeiter und Handwerker aus der Nachbarschaft. Sie mußten nach der Schule bei der Heimarbeit helfen und bekamen von den Druckknopf- und Nadelfabrikanten für fünf Stunden zwanzig Pfennig. Als die Industrialisierung Fortschritte machte, zog Arbeitslosigkeit in die Nachbarhäuser ein.

Ein anderer Eindruck aus diesem Milieu des Hochkapitalismus blieb bei Grüber bis ins Mannesalter haften: die sinnlosen Freitagabendaufereien der Lohnarbeiter jener Zeit. Sie machten ihn zum Abstinenzler,

bis er im KZ aus Selbsterhaltungstrieb, um sich zusätzliche Kalorien einzuverleiben, den Wachen Schnaps aus ihren Spinden stahl.

Den Ersten Weltkrieg hatte Grüber — er hatte inzwischen in Bonn, Utrecht und Berlin Theologie studiert — als Vizefeldwebel beendet. Zwei Jahre später organisierte er die ersten freiwilligen Arbeitsdienstlager der Kirche. Es wurden schließlich zweiundzwanzig Lager, in denen im Laufe der Zeit rund 10 000 junge Menschen von Grüber betreut wurden. Es war, als ob Grüber für seine Person die sozialen Versäumnisse der Evangelischen Kirche in der Vergangenheit wettmachen und wiedergutmachen wollte.

Bei der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933 hatte der überwiegende Teil der evangelischen Geistlichkeit kaum Antipathien gegen die neue Regierung mit ihrem „positiven Christentum“. Die Kirchen hatten sich in der Weimarer Republik, besonders in den ersten Jahren, heftig gegen die starke atheistische Aktivität der marxistischen Parteien wehren müssen, weshalb die führenden protestantischen Persönlichkeiten damals mit geringen Aus-

nahmen die Rechte als ihre politische Heimat betrachteten. Prominente Geistliche, die wenig später sehr entschieden gegen Hitler auftraten, begrüßten deshalb zunächst die „nationale Erhebung“.

Nicht so Heinrich Grüber. Er schloß sich bald der „Bekennenden Kirche“ an, in der sich die gegen den nationalsozialistischen Staat opponierenden evangelischen Christen sammelten.

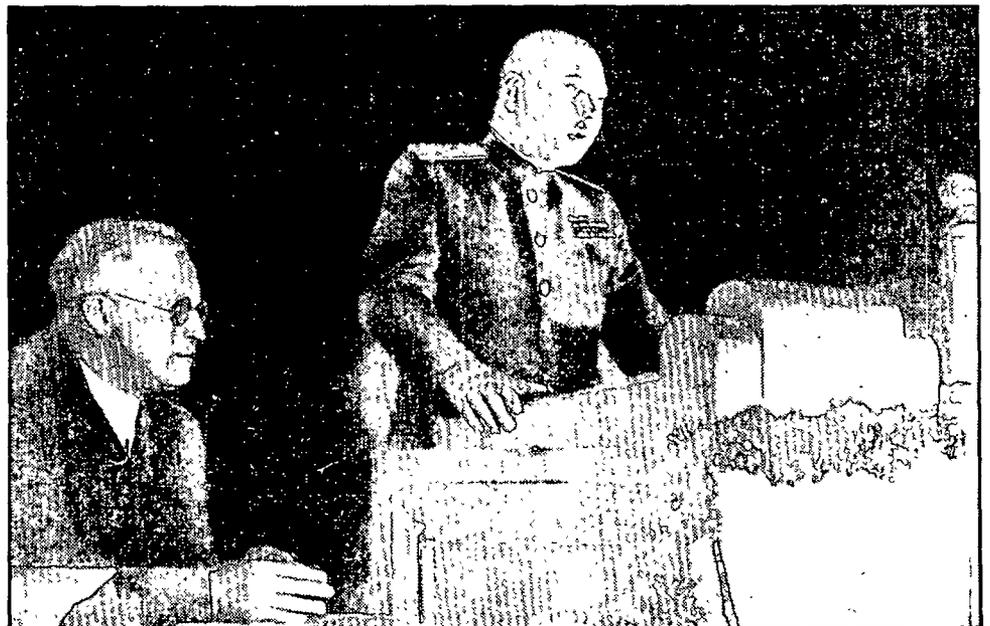
Der Bekenntnis-Christ Heinrich Grüber wurde alsbald auf die Pfarre des Ostberliner Vororts-Kaulsdorf abgedrängt.

Weil Grüber die holländische Sprache beherrscht — seine Mutter ist Holländerin —, fiel ihm die Betreuung der niederländischen Gemeinde in Berlin zu. Dadurch kam Grüber frühzeitiger und direkter mit dem Judenproblem in Berührung, als es einem Durchschnittspfarrer damals möglich war. Immer wieder wurde er von Juden gebeten, sie bei der Auswanderung nach Holland zu unterstützen, ihnen Pässe zu beschaffen oder ihnen anderswie zu helfen. Es entstand das „Büro Grüber“, das sich zu der einzigen staatlich zugelassenen amtlichen Stelle entwickelte, in der Christen jüdischer Abstammung Unterstützung fanden und das schließlich zu einer Art christlich-jüdischem Sozialamt, Konsulat und Schulamt mit eigener Schule und Gesundheitsbetreuung wurde.

Ein wesentlicher Teil des internationalen Prestiges, das Grüber heute genießt, stammt aus jener Zeit, in der er jüdischen Mitbürgern zur Auswanderung verhalf und nachts häufig im Keller seines Kaulsdorfer Pfarrhauses gemeinsam mit Frau und Kindern oppositionelle Pamphlete der Bekennenden Kirche und führender Katholiken vervielfältigte.

Heinrich Grüber erhielt bei seiner Arbeit mancherlei Rückendeckung durch die Wehrmacht und den Abwehrchef Canaris. An der Verbindung zur Wehrmacht ist seine Arbeit dann allerdings auch gescheitert. Im Frühjahr 1940 schickte der stellvertretende Kommandierende General in Stettin seinen Adjutanten, den Hauptmann von Bismarck, zu Grüber: Der Geistliche sollte den Abtransport der Juden aus Pommern in ungeheizten Waggons nach Polen verhindern. Grüber intervenierte mit Erfolg bei Göring, der die Gelegenheit nutzte, seinem Rivalen Himmler in die Parade zu fahren.

Die Vergeltung blieb nicht aus. Nach einem harten Wortwechsel mit dem Gestapo-Führer Eichmann war das Maß



... prägten den Propst: Grüber, Sowjet-Oberst Tulpanow (1947)

Grübers voll. Zum zweiten Male — schon 1937 war er als führendes Mitglied der Bekennenden Kirche verhaftet worden — verschwand Heinrich Grüber kurz vor Weihnachten 1940, diesmal in die Konzentrationslager Sachsenhausen (bis 1941) und Dachau. Nach zweieinhalb Jahren KZ wurde Grüber 1943 auf verschiedene Fürbitten von einem wohlwollenden Lagerarzt wegen seiner Herzkrankheit entlassen.

Als 1945 die Schlacht um Berlin begann und die Sowjets in die Stadt eindringen, verhinderte Grüber die Sprengung des Kaulsdorfer Wasserwerkes, das als einziges Berlins weiterarbeitete. Abends sammelte er die Frauen seiner Kaulsdorfer Gemeinde in der Kirche, verschloß die Tür und verwehrt, auf der Schwelle stehend, marodierenden Rotarmisten den Eingang: „Hier nix Frauen, hier Pope!“

#### „Ökumenisches Karussell“

Die Kirche Mitteldeutschlands hatte dem Einmarsch der Sowjets mit schweren Befürchtungen entgegengesehen, nicht nur wegen der Gewaltakte der einrückenden Rotarmisten, sondern auch weil sie glaubte, das Ende der Kirchenorganisation sei nun gekommen. Befürchtungen dieser Art erwiesen sich jedoch — im Gegensatz zu der Furcht vor Gewaltakten — schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch als gegenstandslos.

Die sowjetischen Ortskommandanten befahlen häufig schon in den ersten Tagen die noch vorhandenen Geistlichen zu sich und forderten sie auf, das kirchliche und gottesdienstliche Leben zu normalisieren. Sagt Propst Grüber zu diesem Abschnitt: „Damals war es das Prinzip der Sowjets, die Kirche zu streicheln.“

Die Sowjets gestatteten die „Machtübernahme“ der Bekennenden Kirche in den kirchlichen Gremien der ausschlaggebenden Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, wo die „Deutschen Christen“ abserviert wurden und Dibelius und Grüber mit dem Neuaufbau der Kirche begannen. Die Sowjets ermöglichten, daß aus den Aufangslagern für Kriegsgefangene die Geistlichen herausgeholt wurden, und befahlen schließlich sogar, bei sämtlichen Stadtverwaltungen kirchliche Beiräte einzusetzen und in den Schulen den Religionsunterricht als Pflichtfach weiterzuführen. Schon im Juli 1945 wurde der Kaulsdorfer Bekenntnispfarrer Grüber Mitglied des Beirates für kirchliche Angelegenheiten der noch von Leichen- und Brandgeruch durchschwängerten Ruinenwüste Berlins.

Der Kaulsdorfer Pfarrer schien der rechte Kirchenmann für die roten Herren zu sein. Schon im Juli 1945 erhielt er den Titel eines Propstes der Evangelischen Kirche von Berlin, gleichzeitig übernahm er als Hauptpfarrer die älteste Berliner Gemeinde, St. Nikolai, die wegen der Zerstörung der Innenstadt mit der Gemeinde der erhaltenen Kirche zu St. Marien verbunden wurde. Als Konrad Adenauer das erstmalig davon hörte, daß Grüber den Titel „Propst zu St. Marien“ führt, fragte er verwundert einen protestantischen Gesprächspartner: „Gibt es denn so was bei Ihnen auch schon?“

Heinrich Grüber wurde von der hektischen Geschäftigkeit der ersten Nachkriegsmonate so erfaßt, daß ihm die selbstkritische Gruppe junger Bekenntnispfarrer „Unterwegs“ öffentlich zu große Betriebsamkeit („ökumenisches Karussell“) vorwarf. Bald zählte er zur neuen Prominenz der Stadt Berlin, und als er 1945 das erste Nachkriegsweihnachten mit den Verbindungsoffizieren der Russen und Engländer in seiner von Frau Grüber, der Tochter des ehemaligen Hof- und Dompredigers Vits, mit in die Ehe gebrachten kleinen Villa in Dahlem feierte, war er bereits oder wurde wenig später:



Ihr Wagen braucht einen Lackschutz aus Hartwachs . . .

## Ihr Wagen braucht CAR-PLATE

Hartwachs gibt Ihrem Wagen idealen Schutz gegen Regen, Sonne, Staub und Schmutz. Johnson's Car-Plate, das flüssige Auto-Hartwachs, ist leicht und mühelos auf den Lack des Wagens aufzutragen.

*Glanz und Schutz für Monate  
in Minuten aufgetragen!*

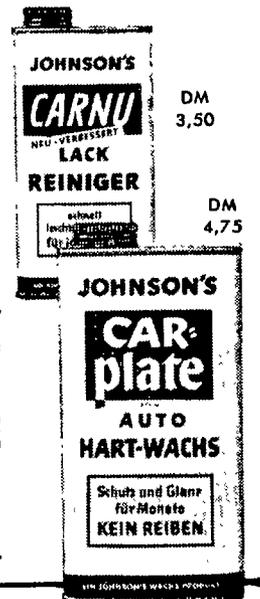
Und für die Vorreinigung: Johnson's Carnu-Lackreiniger. Carnu macht die Farbe klar und gibt die beste Grundlage für die nachfolgende Car-Plate-Pflege.



### CARNU und CAR-PLATE

das perfekte Paar für die vollendete Wagenpflege.

In allen Tankstellen und Fachgeschäften.



JOHNSON'S WACHS PRODUKTE GMBH., HAMBURG 11

- ▷ Vorsitzender der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“;
- ▷ Bevollmächtigter des „Evangelischen Hilfswerks“ für den gesamten deutschen Osten;
- ▷ Präsident der Evangelischen Bahnhofsmission des deutschen Ostens;
- ▷ Präsident der Hilfsstelle für Rasseverfolgte;
- ▷ Vorsitzender der Evangelischen Frauenhilfe;
- ▷ Vorsitzender der Stiftung der Frauengabe;
- ▷ Vorsitzender der Stiftung Schindlersches Waisenhaus;
- ▷ Vorsitzender des Elisabeth-Stiftes für schwererziehbare und erblich belastete Kinder;
- ▷ stellvertretender Vorsitzender des Stadtsynodalverbandes, der die Berliner Kirchen verwaltet, und
- ▷ Lizenzträger des einzigen christlichen Verlages der Sowjetzone, der „Evangelischen Verlagsanstalt“ in Ostberlin.

Auf sowjetische Anweisung hatten sich KPD und SPD und nach 1946 auch die SED jeder antikirchlichen Stellungnahme enthalten; als die SED 1946 zum ersten Mal versuchte, die „Jugendweihen“ der alten Freidenker-Bewegung wiederaufleben zu lassen, wurde das von den Sowjets kurzerhand untersagt. Auch als durch die in Moskau vorbereitete und von Karlshorst gesteuerte Bodenreform der große und mittlere Grundbesitz radikal zerschlagen wurde, genoß die Kirche eine Sonderstellung: Ihre Güter blieben verschont.

#### Das dümmste Wort

In jenen ersten Nachkriegsjahren hatte die Evangelische Kirche in der Sowjetzone — paradoxerweise unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht — ein relativ ungestörtes Leben. Reibereien gab es nur, wenn die Kirche gegen politische Verhaftungen protestierte und damit wenig Gegenliebe in Karlshorst fand.

Der Mann, der damals Entscheidendes bewirkte, war Heinrich Grüber. Er rang um Gnadenerlasse, Haft erleichterungen und Amnestien, ohne daß die Außenwelt viel erfahren hat oder erfahren durfte.

Während westliche Patent-Demokraten, denen das Schicksal eine unmittelbare Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Kommunismus ersparte, nach Gouvernanten-Art oft schon den Umgang mit östlichen Machthabern als beschmutzend verdammt, stellt sich der Auftrag für einen im kommunistischen Machtbereich um seine Schutzbefohlenen kämpfenden protestantischen Streithahn wie Grüber anders dar.

Ihn packt der Zorn, wenn etwa sorgsam eingefädelt Aktionen zugunsten irgendeiner Häftlingsgruppe durch billiges Lamentieren in der Presse auf Kosten der Inhaftierten gefährdet werden: „Gegner, die bei den Nazis tapfer geschwiegen haben, kritisieren mich jetzt, und die Amis meinen: Schade um den Grüber — früher war er so anständig, heute ist er ganz anders. Sie können einfach nicht sehen, daß meine Arbeit heute noch schwieriger und aufreibender ist als jemals.“

Zum ersten Male brach im Westen ein Sturm gegen Grüber los, als er 1949 gemeinsam mit Bischof Dibelius die Erlaubnis erhielt, in sowjetischen Konzentrationslagern der Zone zu predigen. Grübers Feststellung, die Zustände in den Lagern seien besser, als sie im Westen dargestellt werden, und man dürfe nicht vergessen, daß viele der Insassen an nationalsozialistischen Ausschreitungen mitverantwort-

lich seien, wurde ihm lange nicht vergessen.

Andere Äußerungen Grübers freilich waren schon gehörige rhetorische Entgleisungen, wie etwa seine Rede vor dem Ost-CDU-Vorstand über freie Wahlen: „Mit hohlen Schlagworten meint man die Massen in demagogischer Weise aufputschen zu können. Das dümmste Schlagwort ist zur Zeit das von den sogenannten freien Wahlen geworden. Sind Wahlen von Wählermassen, die vielleicht mit nationalistischen Instinkten aufgeputscht wurden, von Wählermassen, die mit dem Dollar fremder Länder und den Millionen von Industriemagnaten gekauft und betört sind, freie Wahlen? Sind Wahlen, die durch gerissene

Zwecke mißbraucht werden. Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten.“

Von diesem Recht mußte die Kirche in der Sowjetzone bald Gebrauch machen. Denn nach der Konstituierung der DDR — unmittelbar nach der Konstituierung der Bundesrepublik — begann dieser Staat, der Kirche das Leben schwer zu machen. Otto Nuschke, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR seit 1949, klagt heute: „Seit der Errichtung der Republik halten sich die Sowjets immer mehr aus Kirchenfragen heraus. Auf Anpassungen reagieren sie leider meist aus-



Eheleute Grüber: Mittagspause zwischen zwei Grüber-Häusern

wahlarithmetische Kniffe gar kein Bild der wirklichen Stimmung der Bevölkerung geben, freie Wahlen?“

Das war nun schon reiner SED-Jargon, der auch mit Grübers prekärer Stellung kaum noch entschuldigt werden kann.

Nach dem Kriege trat ein neues, bis dahin nur im politischen Katholizismus bekanntes Element in der Evangelischen Kirche zutage. Die Protestanten postulierten aus der Theologie der Bekennenden Kirche und dem Märtyrerbewußtsein der bestandenen Verfolgungen den Grundsatz des „Wächteramtes“ der Kirche gegenüber dem Staat: Die Evangelische Kirche verzichtet auf die traditionelle „Trennung“ von Staat und Kirche; sie ist entschlossen, dem Staat ihre Meinung da zu sagen, wo staatliche Machtausübung christliche Grundsätze zu Lasten des Gewissens der überwiegend christlichen Bürger mißachtet.

Es mutet heute als Kuriosum an, daß dieser Grundsatz ausgerechnet in der 1948 ausgearbeiteten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zum ersten Male auch vom Staat anerkannt worden ist. Dort heißt es im Artikel 41: „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik. Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische

weichend unter dem Motto, das sei eine deutsche Angelegenheit.“ Mit der Errichtung der Republik aber wurde Heinrich Grüber Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche bei dieser Republik.

Das staatliche Schulwesen der DDR wurde sowjetisiert, der „dialektische Materialismus“ zur verbindlichen weltanschaulichen Grundlage des Unterrichts gemacht und die tagespolitische SED-Agitation in Schularbeiten und Hausaufsätzen durchgearbeitet.

Bischof Dibelius protestierte öffentlich bei Grotewohl: „Der Verkündigung der Kirche kann sich jedermann fernhalten, aus dem Staat kann niemand austreten... Was wir als Christen fordern müssen, ist das, daß der Staat in allen seinen Organen sich jeder weltanschaulichen Propaganda entschlägt. Weltanschauung... ist Sache der freien Entscheidung seiner Bürger. Und der Christ steht unter dem Gebot, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen...“

Es kamen die ersten Einheitslisten-Wahlen autoritären Musters für die bis dahin ohne Wahlen fungierende Volkskammer. Die Kirche protestierte wegen der den Gemeinden aufgezwungenen Gewissenskonflikte und forderte, jeglichen Druck bei politischen Entscheidungen oder beim Eintritt in politische Organisationen zu vermeiden und die Verfassungsbestimmungen

über Freiheit der Meinungsäußerung und Rechtsschutz bei Verhaftungen einzuhalten.

Die Folgen solcher Proteste waren wütende Reaktionen der SED, die unter anderem der damals noch virulenten Ost-CDU die Gleichschaltung brachten.

Als Bischof Dibelius 1950 nach einer ökumenischen Tagung in den Vereinigten Staaten Kritik an dem totalitären Charakter der DDR übte und anschließend von Präsident Truman empfangen wurde, kam es auf dem 3. Parteitag der SED zur ersten massiven Kampfansage. In Anwesenheit des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, M. A. Suslow, apostrophierte Grotewohl die Kirchen als „Störenfriede“ und den Bischof Dibelius als „Jahrmarktsschreier“ und „Reaktionär“. Der Ministerpräsident sprach dem Bischof das Recht ab, sich weiterhin als Vertreter der Kirche zu bezeichnen.

#### Der christliche Realismus

In den darauffolgenden Jahren entsprach die Haltung des SED-Staates gegenüber der Kirche der von Walter Ulbricht formulierten Devise: „Die religiöse Weltanschauung hindert den Fortschritt, weil sie die Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Gesellschaft verneint, die kapitalistische Ausbeutung als ewig und gottgewollt darstellt und die schöpferische Rolle der Volksmassen negiert.“

Zunächst versuchten die Herren von Pankow, das nationalsozialistische Manöver mit den „Deutschen Christen“ nachzuahmen. Eine Anzahl „fortschrittlicher Pfarrer“ wurde propagandistisch in den Vordergrund geschoben, die gleichgeschaltete Ost-CDU proklamierte in Meissen einen „christlichen Realismus“ als Neuauflage des „positiven Christentums“. Doch der Versuch, über den „christlichen Realismus“ in die Kirche einzubrechen, scheiterte — das Meißener Programm der Ost-CDU ist vergessen, und von den „fortschrittlichen“ Pfarrern hört man kaum noch etwas, ihre Infiltrationsversuche wurden von der Kirche sofort und erfolgreich abgeriegelt.

In der 2. SED-Parteikonferenz 1952 verkündete Walter Ulbricht dann den „verschärften Klassenkampf zur Errichtung des Sozialismus“, der am 17. Juni 1953 endete. Bis dahin versuchte die DDR-Regierung mit allen Mitteln, den Widerstandswillen der Kirche zu brechen. Sie machte Anstalten, die seit dem Mittelalter überkommenen theologischen Fakultäten an den Universitäten zu schließen, sie setzte ihre Staatsjugend-Organisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) zum Flankenangriff auf die Kirche an. Das FDJ-Zentralorgan „Junge Welt“ begann im Herbst 1952 Alarm zu schlagen, weil an den meisten Oberschulen und Hochschulen der Zone mehr als die Hälfte der Jugendlichen der evangelischen „Jungen Gemeinde“ angehörten.

Als nächstes wurde — im Januar 1953 — die unter Nuschkes Leitung stehende Regierungs-Hauptabteilung „Verbindung mit den Kirchen“ dezimiert, nachdem der Abteilungsleiter Grünbaum verhaftet und entlassen und die Referenten für jüdische und katholische Angelegenheiten und für Kirchenrecht nach Westen geflohen waren. Im Februar wurden der Seelsorger der Studentengemeinde an der Martin-Luther-Universität in Halle, Johannes Hamel, einer der aktivsten jüngeren Theologen der Zone, und zwei weitere Pfarrer bei Nacht und Nebel verhaftet.

Zahlreiche Oberschüler und Studenten wurden von Schulen und Hochschulen verwiesen und schlossen sich dem großen Flüchtlingsstrom nach Westen an. Der Kampf um die „Junge Gemeinde“ erreichte seinen Höhepunkt, als der General-

# Ein einzigartiger Beweis für die Überlegenheit der Omega-Präzision

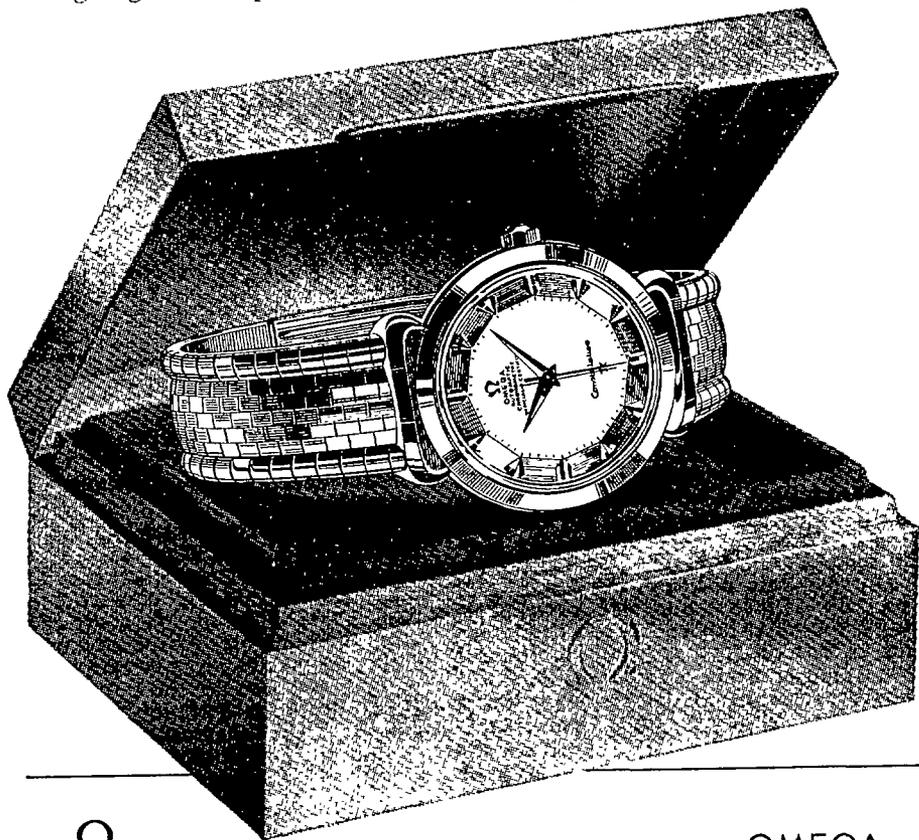
Was im Sport die Olympischen Spiele, das sind in der Uhrenindustrie die Observatoriumswettbewerbe von Genf und Neuenburg; sie gelten in der ganzen Welt als das höchste Kriterium für die Qualität einer Uhr.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Armbanduhr ist es 1955 einer Marke gelungen, an beiden Sternwarten zugleich den Sieg zu erringen. *In Genf wie in Neuenburg belegt Omega die ersten Plätze in allen Prüfungen für Armbandchronometer und stellt in Neuenburg ausserdem einen neuen Präzisionsrekord auf.*

Damit ist einmal mehr der objektive Beweis für die Überlegenheit der Omega Uhr erbracht.

\*

Im automatischen Chronometer Omega Constellation haben wir die Erfahrungen dieser Wettbewerbe praktisch verwertet. Die Constellation ist der einzige Chronometer der Welt, dem die amtlichen Kontrollbüros seit seinem Erscheinen *ausnahmslos* die höchste Auszeichnung verliehen haben: das offizielle Gangzeugnis mit Spezialvermerk «besonders gute Resultate».



Omega Uhren sind nur in besonders ausgewählten, führenden Fachgeschäften erhältlich. Achten Sie auf dieses Schild, das Kennzeichen des offiziellen Omega-Konzessionärs. Den illustrierten Prospekt mit einer Auswahl von Omega Damen- und Herrenuhren erhalten Sie bei den offiziellen Omega-Vertretern oder direkt durch Omega, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Strasse 310

OMEGA

*Constellation de Luxe*

Ref. OT 14365, automatischer Chronometer, „Constellation de Luxe“ amtlich geprüft, Gelbgold 18 Kt., mit exklusivem Goldband, dehnbar. Zifferblatt aus massivem Gold 18 Kt., antimagnetisch, stoßgesichert, wasserresistent, in Sterling-Silber-Schatull: 0,925 DM 3 280,-

# OMEGA

*Constellation*  
Automatischer Chronometer

FRÜHER ODER SPÄTER FÄLLT IHRE WAHL AUF OMEGA...  
DIE UHR, DIE DAS VERTRAUEN DER WELT GENIESST

staatsanwalt Melsheimer eine Strafanzeige zurückwies, die Bischof Dibelius wegen fortgesetzter Verleumdung und Beschimpfung der inzwischen verbotenen evangelischen Jugendgruppen gegen die FDJ-Zeitschrift „Junge Welt“ erstattet hatte.

Das Zentralkomitee der SED belegte die Kirchenleitung insgesamt mit dem Vorwurf, mit ihrem Eintreten für die „Junge Gemeinde“ vor der Weltöffentlichkeit „gemeinsam mit den Monopolkapitalisten und anderen Kriegsinteressenten die Politik des Generalkriegsvertrages zu fördern“.

Inzwischen war jedoch Stalin gestorben, und als erste Auswirkung der nachstalinistischen Ära wurde die SED, zu spät allerdings für die auf den 17. Juni zustrebende überhitzte Atmosphäre in der DDR, auf

kirchenpolitischen Ballast abzuwerfen. Der Evangelische Kirchentag zu Leipzig im Sommer 1954 vollzog sich in einer Atmosphäre ausgesprochen wohlwollender Neutralität: Pankow wollte gesamtdeutsches Prestige gewinnen. Bundestagspräsident Hermann Ehlers und Volkskammerpräsident Dieckmann standen Hand in Hand auf dem Podium und ließen sich von den Gästen aus Ost und West bejubeln.

Die einige Zeit später aufflackernde Auseinandersetzung um die sogenannten „Jugendweihen“ der SED war nur noch ein harmloses Nachspiel zu dem Angriff auf die „Junge Gemeinde“. Als dialektisch-materialistische Konkurrenz zur Konfirmation hätte die SED mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine großange-

kritische Erklärungen zur Wiedervereinigung in Kirchenzeitungen wurden von der Zensur unterdrückt.

Diese „wohlwollende Neutralität“ der DDR-Regierung gegenüber der Kirche hielt nicht allzulange vor. Als nach der ergebnislosen Genfer Außenminister-Konferenz vom Herbst 1955 die Bundeswehr und kurz danach die Nationale Volksarmee der DDR aus der Taufe gehoben wurden, geriet die Kirche wieder unter gezieltes Feuer. Der Staatssicherheitsdienst verhaftete am 4. Januar schlagartig dreißig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Inneren Mission und der Bahnhofsmission in Ostberlin, Potsdam, Frankfurt an der Oder, Chemnitz, Magdeburg und Dresden. Etwas später wurden sämtliche Außenstellen der Bahnhofsmission auf den Bahnhöfen der Zone durch Verwaltungsmaßnahmen lahmgelegt und geschlossen.

Den Verhafteten wurde in der DDR-Presse vorgeworfen, Militär- und Wirtschaftsspionage und Beihilfe zur sogenannten Republikflucht begangen zu haben. Der Staatssicherheitsdienst hatte Arbeitsberichte an die Missionszentrale in Westberlin abgefangen, in denen routinemäßig aufgeführt war, welche Züge betreut und welche nicht betreut wurden, weil sie von Einheiten der Kasernierten Volkspolizei oder der Roten Armee besetzt waren. Aus solchen Angaben hätten nach sowjetzonaler Ansicht westliche Agenten Aufschlüsse über militärische Bewegungen in der DDR entnehmen können.

#### Ungeist Ulbricht

Nach zahlreichen Interventionen Heinrich Grübers und Otto Nuschkes wurden einige Monate später sämtliche Bahnhofsmissionare wieder entlassen. Heinrich Grüber glaubt den Zweck dieser Aktion durchschaut zu haben: Der Staatssicherheitsdienst, so vermutet er, habe die Bahnhofsmissionen beseitigt, um vorbeugend alle ideologisch unzuverlässigen Kirchenangestellten von zentralen Beobachtungsstellen für den Bahnverkehr zu entfernen.

Der Bischof Dibelius hatte diese Verhaftungsaktion mit einem — sofort verbreiteten — Protestschreiben an Grotewohl beantwortet, in dem es hieß: „Den Vorwurf, es wäre von der Bahnhofsmission Spionage getrieben worden, können wir nur auf das schärfste zurückweisen. . . . Angesichts dieser Sachlage wird nicht erwartet werden können, daß irgend jemand die vom ADN verbreiteten Aussagen der Mitarbeiter der Bahnhofsmission für glaubhaft hält. Ich bedaure es außerordentlich, daß ich meine Reise zur Tagung des Weltrates der Kirchen in Australien, die ich leider nicht mehr absagen kann, unter dem frischen Eindruck solcher Vorkommnisse antreten muß.“

Grüber dagegen sagt zu der Bahnhofsmissionsaffäre: „Ich hatte immer versucht, die Angelegenheit durch möglichst geräuschlose Erledigung zu einem guten Abschluß zu bringen. Aber die Versuche sind durch bewußte Störungen solcher Stellen vereitelt worden, denen daran liegt, durch Dramatisierungen die Spannungen zwischen Staat und Kirche zu verschärfen. Wenn man Untersuchungsbehörden vor



Kommunistische Jugendweihen: Konkurrenz zur Konfirmation

den „Neuen Kurs“ zurückgepfiffen. Am 10. Juni 1953, zu einer Zeit, als insgesamt 73 Pfarrer aus politischen Gründen in Haft saßen\*, mußten Ulbricht und seine SED einen regelrechten Canossa-Gang antreten: Die Regierung der DDR teilte der Kirchenleitung in einer eilig einberufenen Zusammenkunft mit, daß die Sanktionen gegen die „Junge Gemeinde“ aufgehoben, die Maßregelungen der Schüler, Studenten und Lehrer überprüft, die Verweigerung von Schulräumen für Religionsunterricht beseitigt, drei beschlagnahmte kirchliche Pflegeanstalten zurückgegeben, die Strafverfahren revidiert und schließlich die seit Januar einbehaltenen Staatszuschüsse an die Kirche umgehend ausgezahlt werden würden.

Von nun an versuchte die durch den Aufstand am 17. Juni erschütterte DDR,

\* Insgesamt wurden in der sowjetischen Besatzungszone, in der heute rund 5000 Pfarrer amtieren, seit 1945 aus politischen Gründen rund 90 evangelische Geistliche inhaftiert. Nach dem 17. Juni 1953 wurde ein erheblicher Teil entlassen, seit Ende 1955 nochmals 30. Gegenwärtig befinden sich noch 18 evangelische Geistliche vorwiegend aus politischen Gründen in Haftanstalten der DDR.

legte Aktion gestartet, um in Anlehnung an älteres sozialistisches Brauchtum die Jugend feierlich aus der Schulzeit zu entlassen.

Die Evangelische und die Katholische Kirche, die mit all ihren Protesten gegen die marxistische Durchtränkung des Schulunterrichts nichts hatten ausrichten können, nahmen gegen die „Jugendweihen“ — diesmal ungestraft — eine unnachgiebige Haltung ein. Sie verweigerten Kandidaten und Absolventen der Parteifeiern die Konfirmierung oder Firmung und die Zulassung zu den Sakramenten. So erreichten sie, daß 1955 und 1956 nur rund ein Prozent der Konfirmanden zugunsten der „Jugendweihen“ den Konfirmandenunterricht verließ.

In diesen beiden letzten Jahren wurde die Haltung der DDR zur Kirche durch die Strömungen der Weltpolitik bestimmt: 1955, bis zum Beitritt der Bundesrepublik zur Nato und dem Start der Bundeswehr, wurde die Kirche unter mäßigem Störfeuer gehalten. Der Kirchenleitung wurde in regelmäßigen Abständen vorgeworfen, die Bonner Westpolitik zu begünstigen, und



Abschluß eines Verfahrens unlautere Motive und unwahre Behauptungen unterstellt, so werden sie dadurch zu ihrer eigenen Rechtfertigung zu gründlicherer und langwierigerer Untersuchungsführung gezwungen; damit ist weder den Personen noch der Sache gedient.“

Der Propst, dem es nicht erspart bleibt, daß ihm manchmal im eigenen Hause — von seiner Frau nämlich — die offensichtlichen Schattenseiten des Lebens in der Zone vorgehalten werden, hält neben der offenen Bekundung seiner Abneigung gegen die Kanzlerpolitik auch mit seinem Urteil über die SED nicht zurück. DDR-Präsident Wilhelm Pieck stellte ihn deshalb mehrfach zur Rede. Von Ulbricht, den er für den Ungeist der Einheitspartei hält, hat sich Grüber bislang bewußt zurückgehalten, während er dem physisch stark verschlissenen Grotewohl politischen Anstand und gesamtdeutsche Lauterkeit ebenso bescheinigt wie dem greisen Otto Nuschke. Gute Erfahrungen hat der Propst auch mit dem Staatssicherheitsminister Wollweber gemacht, mit dem man in seiner Art durchaus offen und mit Erfolg sprechen könne. Der Beauftragte für Kirchenfragen im Zentralkomitee der SED, Paul Wandel, sei dagegen schwieriger.

Nach der Schließung der Bahnhofsmisionen in der Zone befürchtet die Kirche nun vor allem eine Aufforderung der DDR-Regierung, die überwiegend in Westberlin arbeitenden kirchlichen Ämter für die Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg nach Ostberlin zu verlegen. Damit hängt auch das Ansinnen des Staates an die Kirche zusammen, eine Loyalitätserklärung für die Pankower Regierung abzugeben. Die Synode wird sich in dieser Woche mit dem Thema befassen müssen.

#### Wehrpfarrer für die DDR?

Außerdem muß die Synode den Rat ermächtigen, mit der Bundesregierung eine Vereinbarung über die Wehrseelsorge zu treffen. Nach den bisher vorliegenden Plänen sollen in Westdeutschland die evangelischen Wehrseelsorger administrativ Angestellte der Kirche bleiben und nur zeitweilig freigestellt werden, während ein „Generaldekan“ als Verwaltungsspitze für die Truppenseelsorge Bundesbeamter wird.

Es erhebt sich die Frage, ob die Ostsynodalen über diese Fragen mitabstimmen. Umgekehrt kann auch an die Westsynodalen die Frage herangetragen, ob sie für ein entsprechendes Parallelabkommen mit der DDR für die „Nationale Volksarmee“ eintreten.

Westdeutsche Kirchenführer, wie Bischof Lilje, haben angesichts dieser verzwickten Problematik bereits gegenseitige Stimmhaltung befürwortet. Eine solche Ausweichtaktik würde bedeuten, daß eine gesamtdeutsche Synode zum erstenmal in der Geschichte der Kirche aus politischen Gründen nicht geschlossen abstimmt — was dem Beginn einer Spaltung der Kirche gleichkäme.

Heinrich Grüber meint dagegen, die Kirche dürfe dieser Frage — dem Pro-



Propst Grüber, Kommunist Pieck: Färbte der Umgang ab?

blem der Bewaffnung von Deutschen gegen Deutsche — nicht ausweichen. Er glaubt, die Kirche müsse auch eine eindeutige Erklärung über ihr Verhältnis zum Pankower Staat abgeben, bei dem Grüber akkreditiert ist.

Ob es zu einer solchen Erklärung kommt, ist indes ungewiß. Andererseits ist jedoch auch keineswegs zu erwarten, daß die Kirche etwa eine theologisch begründete Verurteilung des totalitären DDR-Systems als antichristlich im Sinne hat.

Immerhin hat der Pankower Staat die althergebrachten staatlichen Zahlungen an die Kirchen bisher fortgeführt. Diese Staatszuschüsse in Höhe von 12,5 Millionen Mark bei einem DDR-Jahresetat von 37 Milliarden Mark sind ein alter Zankapfel. Während des Streites um die „Junge Gemeinde“ wurden sie vier Monate zurückgehalten.

Sagt Bischof Dibelius: „Der Kirche ist es nicht um das Geld als solches zu tun. Sie kann auch als Freikirche nach amerikanischem Muster existieren, dazu müßte sie aber mehr Bewegungsfreiheit haben, die ihr immer bestritten und eingeengt wird. Und zwar müßte sie

- ▷ Drucksachen nach freiem Ermessen drucken;
- ▷ Haussammlungen und sonstige Spendenaktionen durchführen;
- ▷ staatliche Hilfe für die Wiederherstellung und Erhaltung der großen historischen Bauten erhalten, für die die Gemeinden von heute zu arm sind;
- ▷ ungehinderten Zuzug von Geistlichen und geistlichen Hilfskräften aus West-

deutschland sowie freie Ein- und Ausreise zum kirchlichen Besuchsdienst genehmigt bekommen.“

Bei der Erörterung solcher Wünsche kommt der Bischof zu der Ansicht: „Wenn man sich darauf verlassen könnte, dann wäre dem Gedanken an einen Staatsvertrag näherzutreten.“

Der Kirche ist dieses Thema jedoch unwillkommen, unter anderem, weil sie gegenüber Bonn nicht ohne weiteres Gegenseitigkeit wahren könnte. Einen Kirchenvertrag könnte sie wohl mit der zentralistischen DDR-Regierung abschließen, kaum aber mit der Bundesregierung, weil zum Beispiel Schulfragen in der Bundesrepublik ausschließlich in den Hoheitsbereich der Länder fallen.

Die Katholische Kirche hat sich gegenüber Ostberlin seit langem viel elastischer gezeigt. Gemäß Geist und Buchstaben des Reichskonkordats von 1933 gab sie bisher bei Notifizierungen neuer Bischofsnennungen auch automatisch Loyalitätserklärungen gegenüber der DDR ab.

„Ein Staatsvertrag“, sagte Bischof Dibelius dem SPIEGEL, „ist meines Wissens eine Idee der Ost-CDU. Offizielle Staatsstellen sind damit nie an die Kirche herangetreten. Die Kirche ist kein Träger äußerer Macht und daher kein echter Vertragspartner für einen totalitären Staat, der nur solche Partner respektiert. Das gegenwärtige dynamische Verhältnis in der DDR zwischen Staat und Kirche ist für die Kirche vorzuziehen.“

Heinrich Grüber hatte zu dieser Feststellung seines Bischofs ein sarkastisches Lachen und den Kommentar: „Solange der Grüber da ist, auf dessen Rücken die Dynamik ausgetragen wird.“



# LANGENBACH

## SEKT



# LANGENBACH

## WEINE



*die Krone festlicher Stunden*

**LANGENBACH & CO.    WORMS AM RHEIN**